

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Kottbusserdamm 23 I.

Inserate
pro vierpaltige Zeile 30 Pf., Stellengedruckte 20 Pf.; für Verhandlungsangelegenheiten 20 Pf., Verammlungsangelegenheiten 10 Pf. Privatangelegenheiten der Betrag beizufügen.

Nr. 31.

Berlin, den 3. August 1907.

23. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Das Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstages wird voraussichtlich in einigen Wochen in Druck gegeben werden können und soll, laut Beschluß des Verbandstages, zum Preis von 10 Pf. an die Mitglieder abgegeben werden. Um nun die Auflage ungefähr in Höhe der zu erwartenden Nachfrage herstellen zu können, ersuchen wir die Mitglieder, den Bevollmächtigten ihre Bestellungen auf das Protokoll möglichst bald zugehen zu lassen, damit letztere uns ihren Bedarf baldigst anzugeben in der Lage sind.

2. Mit 1. Oktober tritt eine wesentliche Veränderung in der Beitragsleistung der Mitglieder in Kraft. Um nun den mit der Erledigung der Kassengeschäfte betrauten Funktionären eine möglichst glatte Abwicklung ihrer Arbeiten zu ermöglichen, richten wir jetzt schon an alle Mitglieder das Ersuchen, ihre Beitragszahlungen so einzurichten, daß sie bis zum Sonnabend, den 29. September die Beiträge bis einschließend 39. Woche voll bezahlt haben.

Der Verbandsvorstand.
S. A.: Kloth.

Ein Reichswohlfahrtsamt.

Das Reichsamt des Innern soll eine Teilung erfahren. Welche Gebiete des umfassenden Ressorts aber abgetrennt und selbständig gemacht werden sollen, darüber ist noch keine Entscheidung getroffen. Trotzdem werden schon Vorschläge erörtert, die mit Aufmerksamkeit verfolgt werden müssen; es würde sich auch empfehlen, daß bei dieser hochwichtigen Frage der Organisation der Reichsverwaltung die Arbeiter ihre Interessen recht nachdrücklich vertreten möchten. Zunächst gibt es Vorschläge zu bekämpfen, die gleich nach der Entfernung Kosadomskys auftauchen, aber nicht weiter beachtet wurden, weil es hieß, die Frage der Teilung des Reichsamts des Innern sei noch nicht spruchreif. Man deutete die Schaffung eines Reichswohlfahrtsamtes an. Was darunter zu verstehen sei, wurde freilich nicht weiter gesagt, aber wenn man die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses ein paar Jahre zurück verfolgt, so wird man finden, daß der Plan eines Wohlfahrtsamtes von der Majorität des preussischen Abgeordnetenhauses zunächst der preussischen Regierung und zwar dem Minister, der der Nachfolger Kosadomskys geworden ist, wiederholt zur Ausführung vorgelegt worden ist. Der Gedanke eines Wohlfahrtsamtes entspringt der Initiative eines konservativen Politikers, nämlich des Abgeordneten Grafen Douglas. Dieser brachte zuerst einen diesbezüglichen Antrag im Abgeordnetenhaus ein, der der Budgetkommission überwiesen und in der Sitzung vom 6. April 1905 in folgender Fassung vom Plenum angenommen wurde:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, möglichst bald ein Reichswohlfahrtsamt mit einem aus Laien bestehenden Beirat zu schaffen. Dem Amt soll besonders obliegen, die Volkswohlfahrtspflege im Inlande und

Auslande zu verfolgen, Wahrnehmungen, welche das Eingreifen der Gesetzgebung begründen, der Regierung mitzuteilen, Gutachten zu erstatten und an der Vorbereitung von Gesetzentwürfen mitzuwirken, bei größeren Unglücksfällen oder Postständen die freiwillige Hilfsstätigkeit zu leiten. Bei der Berufung in den Beirat sollen die privaten Volkswohlfahrtsorganisationen und die beiden Häuser des Landtags berücksichtigt werden; der Beirat soll jährlich einmal zusammenberufen werden und die einzelnen Wohlfahrtsfragen beraten.“

Die preussische Regierung hatte nun zunächst keine große Lust, den Wünschen des preussischen Abgeordnetenhauses entgegenzukommen und erklärte sich nur bereit, die schon bestehende Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtsanstalten zu erweitern und ihr den Namen Zentralstelle der Volkswohlfahrt zu geben. Daraufhin wurde im Februar 1906 vom Abgeordnetenhaus ein erneuter Antrag Douglas angenommen, der dahin ging, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Beschlußfassung über den Beschluß des Hauses der Abgeordneten vom 6. April 1905, betr. Schaffung eines Volkswohlfahrtsamtes, durch Beratung in einer Kommission von Sachverständigen, in die insbesondere auch in der Volkswohlfahrtspflege praktisch bewährte Männer zu berufen sein würden, vorbereiten zu lassen. An die Wünsche des Abgeordnetenhauses wird man nun lebhafter erinnert, wenn mit einem Male der Gedanke auftaucht, daß dem Reichsamt des Innern ein Reichswohlfahrtsamt angegliedert werden soll. Das heißt also: die sozialpolitischen Ressorts im engeren Sinne, die bisher zum Reichsamt des Innern gehörten, sollen dem Reichswohlfahrtsamt übertragen und dessen Kompetenzen in einer dem Antrag Douglas entsprechenden Weise ausgestaltet werden. Wenn bisher schon in der Reichsverwaltung die besonderen Interessen der Arbeiter viel zu wenig berücksichtigt waren, aber doch schließlich das Reichsamt des Innern als sozialpolitische Instanz sich herausbildete, so würde in Zukunft durch Schaffung eines Reichswohlfahrtsamtes eine weitere Verschiebung zuungunsten der Arbeiter eintreten. Denn das Reichswohlfahrtsamt soll gewissermaßen eine Stelle sein, die alle sozial notleidenden Bevölkerungsschichten mit seiner Fürsorge bedenken soll: den Mittelstand, die Arbeiter, die Bauern, die Armen und Kranken. Kein wirtschaftspolitischer Gesichtspunkt großer Art, sondern charitative Erwägungen würden für die Tätigkeit eines Reichswohlfahrtsamtes maßgebend sein müssen. Eine solche Instanz aber würde vielleicht wohl der Auffassung des Zentrums von den Aufgaben der Sozialpolitik gerecht werden, aber nicht den Anforderungen, die die wirtschaftlichen Aufgaben unserer Zeit an die Reichsregierung stellen. Was wir brauchen, bitter notwendig brauchen, nicht nur im Interesse der Arbeiterbevölkerung, sondern noch mehr im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts Deutschlands, das ist ein selbständiges Reichsarbeitsamt, dessen einzige Aufgabe sein und bleiben muß, die besonderen Interessen der Arbeiterbevölkerung zu fördern. Die Interessen

der Arbeitgeber des gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmertums, endlich die der Kapitalisten sind durch das Vorhandensein von Ministerien für die Landwirtschaft sowie für Handel und Gewerbe in den Einzelstaaten so berücksichtigt, wie sie es kaum besser verlangen können. Ueberall aber fehlt es an einer selbständigen Zentralinstanz für die spezifischen Arbeiterinteressen. Hier empfiehlt sich die Bildung einer Zentralinstanz für das Deutsche Reich, und die beste Gelegenheit hierfür bietet die beabsichtigte Teilung des Reichsamts des Innern in zwei selbständige Ämter. Gegen die Bildung eines Reichsarbeitsamtes können kaum stichhaltige sachliche Gründe vorgebracht werden. Was bisher gegen ein solches Amt vorgebracht wurde, beschränkte sich darauf, daß gesagt wird, ein Reichsarbeitsamt würde der Sozialdemokratie Vorparadise leisten müssen. Dieser Einwand ist aber genau so zu bewerten, wie wenn die Sozialdemokratie die Bildung eines Ministeriums für Landwirtschaft damit bekämpfen wollte, daß sie den Einwand erheben würde, ein solches müge doch nur dem Bund der Landwirte. Das wäre ein parteipolitisch vielleicht begrifflicher, aber ein sachlich durchaus ungerechtfertigter Einwand. Es sind an das Ausschneiden Kosadomskys recht pessimistische Darlegungen geknüpft worden, deren Berechtigung hier dahingestellt bleiben möge; jedenfalls liegt für die Arbeiter die Sache sehr einfach: sie müssen die öffentliche Meinung und die politischen Kreise davon überzeugen, daß jede Teilung des Reichsamts des Innern einen wirtschaftspolitischen Rückschritt bedeutet, sofern sie nicht die Schaffung eines selbständigen Reichsarbeitsamtes bringt.

Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt zum gleichen Thema:

„Die Nachricht, daß — vielleicht von dem Reichsamt des Innern — ein neues Reichsamt für Sozialpolitik abgefordert werden wird, hat in weiteren Kreisen die Hoffnung erweckt, jetzt könne auch der Arbeiterchaft der nötige direkte Einfluß auf die höchste Reichsbehörde für Sozialpolitik eingeräumt werden. Gewiß wäre die Organisation eines Reichsamtes für Sozialpolitik selbstverständlich, wenn ernsthaft an dem Ausbau unserer Arbeiterschutzgesetzgebung gearbeitet werden soll. Aber gerade deshalb fürchten wir nach unseren bisherigen Erfahrungen und nach dem ganzen inneren und äußeren Wesen des preussisch-deutschen Klassenstaates, daß die schöne Hoffnung auch diesmal wieder arg zufrachten werden wird. Sieht es doch die herrschende Klasse als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, ihre Vormundhaft über die Arbeiter solange wie nur irgend möglich als unentbehrlich aufrecht zu erhalten und alle Verbesserungen, die sich die Arbeiter durch den Druck ihrer Organisationen erzwingen, als ein gnädiges Geschenk an die Arbeiter hinzustellen, weil sich sonst das Selbstgefühl der Arbeiter „maßlos“ steigern würde, und sie immer mehr Rechte und immer weitere Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen fordern würden.

So begrifflich diese Stellung unserer herrschenden Klasse von ihrem beschränkten Klassenstandpunkte aus ist, ebenso selbstverständlich

muß es für die Arbeiter sein, es gerade jetzt unter keinen Umständen an denjenigen Maßregeln fehlen zu lassen, durch die sie trotzdem tatsächlich einen Einfluß auf die Regierungen und ihre Beamten sowie auf die Gesetzgebung ausüben können. Dieser Einfluß ist ihnen möglich dadurch, daß sie beizeiten zu den sozialpolitischen Fragen Stellung nehmen und ihre Forderungen immer wieder und mit immer stärkerem Nachdruck vertreten.

Ein solches Vorgehen ist gerade jetzt ganz besonders notwendig, weil bekanntlich der Reichstag bei seinem Zusammentritt im November dieses Jahres sich zuerst mit den bereits erschienenen und den angekündigten sozialpolitischen Regierungsvorlagen beschäftigen wird. Erschienen sind die Entwürfe, die sich auf die Entmündigung der freien Hilfskassen, auf die Regelung der Heimarbeit in der Zigarrenindustrie, auf die Durchführung des sogenannten kleinen Befähigungsnachweises und auf die Bekämpfung des Hauswindels beziehen. Außerdem sind für die nächste Zeit angekündigt worden die Entwürfe zu einem „modernen“ Vereins- und Versammlungsrecht, zu allgemeinen Schutzbestimmungen für die gesamte Hausindustrie, zu einer Beschränkung der jetzt noch zulässigen vielen Ausnahmen vom Verbote der Sonntagsarbeit, zur Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für die Fabrikarbeiterinnen usw.

Sier kommen die wichtigsten Interessen der Arbeiterklasse in Betracht. Die schauerhaften Zustände in der Hausindustrie, die ungenügende Sonntagsruhe der Fabrikarbeiter, die zu lange Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen, die mangelhafte Ausbildung des Arbeiternachwuchses: diese und noch viele andere Mißstände sollen bekämpft werden. Daß dies nach den Vorschlägen der Regierungen wieder einmal in ganz ungenügender Weise geschehen soll, zeigen die bisher bekannt gewordenen Entwürfe aufs Klarste.

Außerdem wird sich die Debatte des Reichstages auf die sozialpolitischen Grundrechte der Arbeiter erstrecken: auf die Vereins- und Versammlungsfreiheit, auf das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in ihren Versicherungsorganisationen, auf die Mitwirkung der Arbeiter bei

dem Erlaß und bei der Durchführung der Arbeiterbeschützbestimmungen. Auch bei diesen Forderungen denken die Regierungen nicht im mindesten daran, im Sinne der Arbeiter vorzugehen. Für die Vereine und Versammlungen der Arbeiter haben wir Paragraphen zu erwarten, mit deren Hilfe die Verwaltungsbehörden alles unterdrücken können, was ihnen gefährlich für die „Ruhe und Ordnung“ erscheint: ein Ausnahmegesetz schlimmster Art gegen die Arbeiter. Wie es mit dem Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in ihren Versicherungen geplant ist, darüber haben ja die Regierungen mit ihren Maßregeln gegen die Ortskrankenkassen und durch ihren Gesetzentwurf zur Entmündigung der freien Hilfskassen keinen Zweifel gelassen. Von der Mitwirkung der Arbeiter bei der Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes endlich ist selbst in dem Entwurf betreffend die Regelung der Heimarbeit in der Zigarrenindustrie, nicht die Rede, obgleich ohne diese Mitwirkung für die staatlichen Aufsichtsbeamten die Kontrolle der vielen Kleinbetriebe ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Daher haben die Arbeiter guten Grund, sich recht eingehend mit diesen Fragen zu befassen, um das zu tun, wodurch die nötigen Verbesserungen der Regierungsentwürfe erzwungen werden können. Was aber ist in der Beziehung tatsächlich von den Arbeitern geschehen, und was wird in den 4½ Monaten bis zum Zusammentritt des Reichstages geschehen? Allerdings haben die Arbeiter sowohl in ihren politischen als auch in ihren gewerkschaftlichen Organisationen wiederholt ihre Forderungen erhoben und begründet. Die Regierungen können ihre ungenügenden Vorschläge ganz gewiß nicht mit der Ausrede entschuldigen, daß sie nicht gewußt haben, was die Arbeiter zur Beseitigung der bekämpften Mißstände gefordert haben.

Jetzt kommt es aber darauf an, den nötigen Druck auf die herrschende Klasse auszuüben, damit die Arbeiterforderungen endlich erfüllt werden. Die allgemeine Aufmerksamkeit muß auf die Arbeiterforderungen gelenkt, und namentlich muß die große Masse der Arbeiter selbst zum Kampf für diese Forderungen aufgerittelt werden. In der Beziehung ist es leider still, sehr

still — trotz der kurzen Spanne Zeit bis zu dem Beginn der Reichstagsverhandlungen.

Zunächst sollten die Vorstände der Zentralverbände sich mit den Fragen der neuen sozialpolitischen Gesetze beschäftigen, sollten die notwendigen Verbesserungsvorschläge zusammenstellen und sie in der Fachpresse und auf den in dieser Zeit stattfindenden Generalversammlungen besprechen. Dann sollte die Agitation auf die einzelnen Filialen übertragen werden, damit diese durch Vorträge in den Filialversammlungen das Interesse der Mitglieder wecken. Ähnlich hätten die Krankenkassen vorzugehen. Ferner sollte die Generalkommission prüfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn sie die Agitation planmäßig leitet und dafür sorgt, daß an derselben alle Industriezweige und alle Industrieorte sich beteiligen, und wenn sie zur passenden Zeit eine Kundgebung der gesamten Arbeiterschaft veranstaltet. Ebenso ist es die Pflicht der Partei, alles zu tun, um diese Agitation zu fördern. Im Anschluß an den in den nächsten Tagen erscheinenden Bericht der Reichstagsfraktion muß eine lebhaftere Agitation unserer politischen Vereine einsetzen. Schließlich dürfen weitere Anregungen vom Parteitag in Essen erwartet werden. Arbeit ist genug und Übergang zu leisten. Das Interesse der Arbeiter mahnt uns, daß nichts veräußt werde.

Politische Wetterzeichen.

Unter dieser Stichmarke richtet Genossin Luise Zieg in der „Gleichheit“, dem Organ für die Interessen der Arbeiterinnen, die folgenden beachtenswerten Mahnungen an die Frauen und Töchter des Volkes:

Wer politische Wetterzeichen zu beobachten und zu deuten vermag, wird oft genug in die Lage kommen, durch eine einzige Erscheinung am Horizont die ganze politische Situation erfasst zu sehen. Das gilt gegenwärtig vom Sturz Kosadomskys, der blitzartig der reaktionären Mächte Vorhandensein, ihre Kräfte und ihr Walten beseitigt.

Der Vorgang bringt uns zunächst zum so und sovielen Male in beschämende und empörende Erinnerung, wie unendlich weit ent-

Der Alpenführer.

Von Georges Renard. Deutsch von Marie Kunert. (Schluß.)

Mit demselben ruhigen Tone erzählt er die schrecklichsten Erlebnisse wie die heldenhaftesten Taten. Eines Tages, berichtet er, besteigt eine Dame mit ihrem Gatten den Mont-Blanc. Eine halbe Stunde vom Gipfel entfernt, bricht sie zusammen, sie kann nicht mehr weiter; erschöpft hat sie sich auf dem Schnee niedergelassen; man läßt sie dort mit einem Führer, um sie auf dem Rückwege mitzunehmen. Die übrigen vollenden die Besteigung und beileben sich mit dem Abstieg. Niemand da! Nichts als Schweigen und ein gähnender Abgrund! Der Ort, wo die beiden Nachzügler zurückgeblieben, war eine Schneebürde; unter der zweifachen Last hatte sie nachgegeben. — Ein anderes Mal erzählt er das Abenteuer seines Kameraden Sebastian. Ein Herr, den dieser begleitet, ist in Gefahr, von einem aus der Höhe herabfallenden Steine getroffen zu werden. Sebastian stürzt vor und stößt und drängt den Fremden hinter einen Felsen; und der Führer ist's, den der Stein trifft; beide Beine sind ihm zerhackt. Man muß ihn — unter welchen Qualen! — nach Hause tragen. — Ihr unterbrecht ihn, ihr beklagt den armen Mann, da fügt der Erzähler einfach hinzu: „Aber dem anderen war nichts geschehen!“. Ein Wort, in dem das Gefühl der Berufsehre in seiner ganzen unbewußten Größe strahlt, ein Wort aus dem Herzen, in dem sich hell und klar die zur Gewohnheit gewordene Selbstopferung verrät, die der Fremde wie die Erfüllung einer Pflicht hinnimmt.

Nach alledem ist man nicht mehr erstaunt, wenn der Bergführer Unfälle, die dem Unerfahrenen schon bedenklich vorkommen, ganz

leicht nimmt. Mit ironischem Zuden des Mundes spricht er von dem unborsichtigen Teilnehmer einer Touristengesellschaft, der sich beim Ueberstreiten eines nicht schwierigen Gletschers schämte, angefeilt zu sein, sich vom Seile losmachte und trotz wiederholter Warnungen allein gehen wollte. Man ging fünf Minuten ohne ihn; dann wandte man sich um: er war verschwunden. Man steigt wieder hinauf und sucht. Da findet man ihn in einer Tiefe von 10 Metern auf dem Boden einer kleinen Gletscherpalte, die einen Trichter bildete. Man wirft ihm ein Seil zu, zieht ihn herauf und befördert ihn so wieder an die Oberfläche. Der Führer kann nicht ohne Lachen an das grünliche Gesicht des armen Teufels denken. — „Auf dem Rest des Weges war er vernünftiger,“ fügt er spöttisch hinzu. — Mangel an Mitgefühl, denkt ihr! Wahrhaftig nicht! Aber wie soll er sich auch über einen Fall in einen so kleinen Spalt aufregen! Er erinnert sich einer Gletschertour auf frischem Schnee und im Nebel, während der er und seine Gefährten neunzehnmal in Gletscherfisse fielen.

Er, der wie ein Schiffskapitän für das Leben der Reisenden verantwortlich ist, hat es auch nicht gern, wenn man seine Rat schläge, die Befehle sein sollen, in den Wind schlägt. Er weiß zu genau, wie teuer es zu stehen kommen kann. Erst vorgestern ist einem seiner Genossen etwas zugestoßen. Er stieg mit zwei Engländern von einer steilen Bergspitze ab. Der eine von ihnen will einen neuen Weg versuchen. „Ich kenne ihn,“ sagt der Führer. „Er ist ungangbar. Gehen Sie nicht weiter.“ Der Engländer aber besteht darauf und wird schließlich ärgerlich. Der Führer bittet, beschwört ihn und weigert sich endlich kategorisch, zwei Menschen, die ihm anvertraut sind, dem sicheren Tode entgegen zu führen. Während zieht der

Reisende die Bürde, bietet dem Führer Geld über Geld, wirft ihm, als auch dies nichts nützt, eine Handvoll Münzen ins Gesicht und nennt ihn einen Feigling. Dann stirzt er, ohne auf weiteres zu hören, auf dem Wege, der ihn anzieht, davon. Fünf Minuten später war er tot. Eine große Schar von geübten Bergsteigern machte sich unter unsäglichen Mühen daran, seinen Leichnam aus der Tiefe eines ungeheuren Absturzes heraufzuholen; in einen Sack sammelte man die zerschmetterten, unkenntlichen Reste. Man legte sie auf eine Leiter, die als Bahre diente. So brachte man sie nach dem nächsten Dorfe, und der beschimpfte Führer mußte der erste sein, der den traurigen Zug durch das Labyrinth der Felsen leitete.

So ist der Führer durchaus nicht immer zufrieden mit den Fremden, die er begleitet. Der eine bleibt, wenn er sich erschöpft fühlt, mitten auf dem Gletscher stehen, reißt sich den Rucksack herunter, wirft ihn aufs Geratewohl hin und erklärt, daß er nicht weiter gehen werde. Dann muß er mit vielen guten Worten beruhigt werden, der Führer nimmt den unschuldigen Rucksack auf und beläßt sich auch noch damit. Ein anderer marschiert den ganzen Tag hochmütig und schweigend neben dem Führer, weil er berechtigt zu sein glaubt, einen Mann, den er bezahlt, zu verachten. Die Stadtdamen sind gewöhnlich recht freundlich, aber mitunter auch eine schreckliche Last auf Bergtouren. Diese Verbenzufälle, selbst wenn man sie auf bequem zu ersteigende Berge führt, die der Führer mit stolzer Verachtung „Kuhberge“ nennt! Noch schlimmer sind die kleinen Pensionistinnen in den Ferien: man muß sie schieben, ziehen, heben, ihnen bei jedem Stein von einem Fuß Höhe die Hand zum Ueberstreiten reichen, und Gott weiß, unter wie viel Getreiß und Ziererei dies geschieht! „Das

fernt wir davon sind, eine wirklich konstitutionelle Verfassung zu besitzen. Denn nicht weil Pobjadovsky als Minister sich im Gegensatz zum Volkswillen oder auch nur in Gegensatz zur parlamentarischen Mehrheit gestellt hat, mußte er gehen, sondern weil ein „höherer“ Wille es so wollte, weil einflußreiche Scharfmacherkreise ihn haßten als zu „liberal“, als den „Minister für Sozialreform“. Pobjadovsky, der zwar für einen heutigen Minister in Deutschland ein leidlich kluger Kopf und unbestritten ein fleißiger Arbeiter war, welcher sein Kessort zu beherrschen vermochte, gleichzeitig aber doch als der Zwölf-tausendmarktschnorrer für die Zuchthausvorlage sowie als Verantwortlicher des Antigewerkschaftsgesetzes, des Brot- und Fleischwunders auftrat: dieser Pobjadovsky konnte als „Minister für Sozialreform“ gelten, und als solcher gestürzt werden. Das zeigt deutlicher als lange Verhandlungen, als die schärfste Kritik es vermöchte, wie traurig es in Preußen-Deutschland mit der Sozialpolitik bestellt ist.

Freilich gehörte Pobjadovsky zu den sogenannten „aufgeklärten“ Ministern, die sehr wohl wissen, daß es zwei verschiedene Mittel zur Bekämpfung des klaffenbewußten Proletariats gibt: Repressalien, Ausnahmegeetze, rücksichtslose Anwendung der bestehenden Geetze, sowie Auslegung und Ignorierung derselben neben brutaler Polizeiwillkür und Polizeischikanen (siehe Neulinghausen), mit einem Wort: die Peitsche ist das eine. Scheinbares Entgegenkommen, Sozialreform in homöopathischen Dosen: das Zuckerbrot ist das andere. Das Zuckerbrot, um die Arbeiterschaft zu forumpieren, sie vom Klassenkampf abzuhalten, sie mit einem Linsengericht um ihr Erstgeburtsrecht zu pressen. Bei der Austeilung des bischen Zuckerbrotens, mittels dessen Pobjadovsky die Arbeiter fördern wollte, hatte er mit dem Widerstand der bornierten Junkerzippe und des fanatischen Scharfmacherturns zu kämpfen, denen er dann gelegentlich bittere Wahrheiten sagen konnte.

Unter welchem Gesichtswinkel auch immer betrachtet, bleibt Pobjadovskys Sturz eine blutige Satire auf das naive Gefasel der „echt liberalen Männer“, von dem Anbruch einer „liberalen Ära“, die in Deutschland jetzt in

demselben Moment angehoben haben soll, wodurch Hilfe der „Liberalen“ die Reaktion fester als je im Sattel sitzt. Durch den Ausfall der Reichstagswahl hat die Reaktion Oberwasser bekommen. Mehr denn je wird es Volkstumf vorans! gehen auf der wilden See der Welt- und Kolonialpolitik. Und die Rehrseite der Medaille „Kolonialpolitik“? Die heißt: Flotten- und Militärvorlagen, neue Steuern in ungeheurer Maße, Ausbau des Protektions-systems, welches Agrariern und Industriearbeitern die Taschen füllt, dem fromenden Proletariat jedoch den Brotkorb noch höher hängt, weil es ihm alle notwendigen Konsumartikel noch weiter verteuert. Und bei dieser kühnlichen Fahrt ist die Sozialpolitik mehr denn je überflüssiger Ballast. Sie würde das ausgebeutete, aber auch kampfbereite Proletariat stärken und damit seine Kampffähigkeit erhöhen, und es soll doch just kampfunfähig gemacht werden, damit es die wilde Jagd nach Gold und Macht nicht stört. Darum fort mit der Sozialpolitik und her mit Ketten und Knebeln, um den ungebärdigen Riesen Proletariat unschädlich zu machen.

Dies die Pläne der Herrschenden, die in dem Sturze Pobjadovskys ihren Ausdruck finden. Aber das Klassenbewußte Proletariat selbst, steht es etwa Gemehr bei Fuß diesem wilden Treiben gegenüber? O nein! Es hat jetzt mehr denn je eine doppelte Aufgabe. Es muß laut und immer lauter sagen, „was ist“. Es hat unablässige Agitationsarbeit zu treiben, um volle Klarheit über die politische Situation zu schaffen, um täglich aufs neue die reaktionäre Politik aufzudecken und vorausschauend ihre Folgen den Massen zum Bewußtsein zu bringen, ihre Empörung dagegen wachzurufen. Gleichzeitig aber gilt es, diese Massen zum Kampfe, zu einem energischen, leidenschaftlichen, aber auch planmäßigen Kampfe aufzurufen. Sie müssen den Organisationen eingereicht werden. Die Cadres derselben müssen sich mit den Proletariatsmassen füllen, die begriffen haben: die ausgebeuteten Klassen wollen den gesellschaftlichen Boden des Klassenkampfes zertrümmern, es gilt für uns, ihn zu schützen und zu erweitern, es gilt für uns, den Kampf mit verstärkter Kraft, mit verdoppeltem Eifer, mit Iodernder Begeisterung zu führen.

Und bei diesem Kampfe wollen wir Proletarierinnen in den vordersten Reihen kämpfen. Wissen wir doch, daß die Geißelhiebe der Reaktion unsere Rücken am blutigsten schlagen. Sie treffen uns in unserer Eigenschaft als Mütter, sei es, daß wir unsere Kleinen infolge der wahn-sinnigen Zollpolitik nicht einmal recht satt machen können, sei es, daß wir ihre zarten Körper der kapitalistischen Ausbeutung preis-geben müssen, sei es endlich, daß wir gezwungen sind, unsere erwachsenen Söhne dem menschen-mordenden und menschenverderbenden Militarismus auszuliefern. Die Geißelhiebe treffen uns besonders schwer als Hausfrauen, die unter dem Brot-, dem Fleisch-, dem Kohlemucher, dem volksausfängenden Zoll- und Steuersystem, sowie den preistreibenden Maßnahmen der stat-telle und Ringe täglich aufs neue und immer härter leiden müssen. Sie treffen uns als Arbeiterinnen, die schlimmer noch als die Arbeiter vom Kapital ausgebeutet werden, während ihre staatsbürgerliche Rechtlosigkeit sie im Kampfe gegen die Ausbeutung hemmt.

Darum auf zum gemeinsamen Kampfe ihr doppelt und dreifach Geknechteten! Lasset keinen Tag, keine Stunde ungenutzt verstreichen, zeigt, daß auch ihr erwardt und gewillt seid, die Ketten zu zerbrechen, mit denen man uns gefesselt hält. Politisch hält man uns rechtlos, man wehrt uns den Eintritt in die Parlamente. Wohlan! schaffen wir uns immer aufs neue wieder eine andere Tribüne, von wo wir unsere Stimme erheben. Diese Tribüne steht außerhalb der Parlamente, in den Massen, mitten unter unseren fromenden Schwestern und Brüdern. Reithen wir sie auf aus Stumpfheit und Lethargie. Rufen wir den Herrschenden und Ausbeutenden zu: Als Bau stein habt ihr uns verworfen, ihr werdet inne werden, daß auch wir zum Eckstein geworden sind, welcher das Gebäude der Zukunft trägt! Die politischen Wetterzeichen der Gegenwart müssen uns Kampfsignal sein!

Kinderarbeit in Württemberg.

Nachdem nunmehr seit dem Inkrafttreten des sogenannten Kinderschutzgesetzes mehrere

macht keinen Spaß!“ sagt er mit resigniertem Seufzer.

Es gibt aber auch Gegenstücke hierzu. So erzählt man von einer reichen, romantisch angehauchten Dame, einer Engländerin natürlich, die ihren Führer entführt und kürzlich geheiratet hat. Man erzählt auch von unerschrockenen Touristinnen, die dem Alpenklub zur Fierde gereichen würden, schlanker Gestalten, die in kurzem Rock und weiten Bein-fleibern gewandt auf allen Pfaden kletterten, wo kaum eine Ziege noch vorwärts kommen konnte.

Auch unter den Männern traf der Führer gute, zuverlässige Gefährten, die es sich zur Ehre rechneten, seine Freunde zu bleiben. Der eine ist ein herborragender Bergsteiger, der ihn nach seinem Werte zu schätzen weiß, achtsam-voll seinen Rat anhört und ihn an dem Ruhm seiner alpinistischen Taten teilnehmen läßt; der andere ist ein Schriftsteller, der ihn gern erzäh-len hört und ihm die Freude verschafft, sich in voller Lebensfreude in einem Zeitungs-artikel geschildert zu sehen. Wieder ein anderer ist ein reicher Sportliebhaber, der ihn gleich für eine ganze Saison engagiert und mit ihm auf eine Menge weitentlegener Berge steigt, die er sonst nicht kennen gelernt hätte.

Einer davon hat ihm eines Tages eine acht-tägige Reise nach Paris bezahlt, weil er selbst einmal seinen Führer führen wollte. Der Bergbewohner landete denn auch in der Haupt-stadt mit seinen eisenschlagenen Schuhen und dicken Wollkleidern, den Hühner geschmückt mit Gelbweiß, der „Flanellblume“, wie sie die waadtländischen Bauern zuweilen nennen. Ge-blendet, verwirrt, betäubt kehrte er zurück. Da-mals lernte er den Schwindel kennen.

Die Menge der Menschen, Wagen, Häuser, Straßen auf Straßen, die Richter, die abends

eine beständige Illumination bildeten, hinter-lieben in ihm den Eindrud einer Welt, die aus den Fugen geraten und in fortwährendem stieherhaftem Wirbel begriffen ist. Er, der sich ohne Mühe in dem wildesten Chaos durchein-andergeroener Felsblöde, in der weißen Ein-färmigkeit ungeheurer Schneefelder zurecht-findet, hatte hier Furcht, sich zu verlieren. Gegenüber von dem Hause, in welchem er wohnte, prangte auf blauem Grunde ein unge-heureres Plakat des „Petit Journal“ und nahm die ganze Mauerfläche ein. Dies war sein An-haltspunkt; wenn er allein ausging, spazierte er nur so weit, als er es sehen konnte; in dem Augenblicke, da es zu verschwinden drohte, kehrte er sofort um, so sehr fürchtete er sich da-vor, in das Menschengewühl um ihn her hinein-gerissen zu werden. Mit Freude kehrte er in die Stille der großen Alpenweiden zurück, wo man nur das ferne Säuten der Herden, das Pfeifen der Murmeltiere und das gedämpfte Klacken des Wildbuchs hört. Indes wird er alt. Schon hat er das fünfzigste Jahr über-schritten, und als der Frühling kommt, fühlt er nicht wie sonst das Aufsteigen neuer Lebens-säfte in sich, sondern er ist überrascht, daß eine lächerlich kleine Bergtour, eine „Damentour“ ihn erschöpft. Er versteht diese Warnung und resigniert — freilich nicht leicht. So heißt es Abschied nehmen von den tollkühnen Sprüngen über die Klüfte und den kaum glaublichen Klettertouren auf Händen und Füßen. So wird er nun nicht mehr auf den Mont-Blanc steigen, denn er doch schon siebenmal in seinem Leben bezwungen hat. „Das ist ein böser, ver-räterischer Berg,“ sagt er. Man mag seiner selbst noch so sicher sein und hängt doch von jedem Wetterumschlag, von jedem Nebel ab.“ — Er will die nur allzu lange Riste als der Opfer, die hier ein Windstoß oder eine Lawine hinge-

streckt haben, nicht noch vergrößern. Er strebt nicht nach einem Plabe in der Märtyrerliste der Führer, und er hat recht. Allein vor wenigen Jahren noch spottete er der Schwierigkeiten und Liden des Mont-Blanc. Von Jahr zu Jahr verringert der Führer nun die Zahl und die Höhe seiner Bergbesteigungen, und seine Frau ist nicht böse darob. Wie die Frauen der Fischer, so hat auch sie alle Mengste der langen, einsamen Nächte kennen gelernt, wenn der Orkan, der an dem Dache ihres Häuschens rüt-telte und schüttelte, ihr wie ein von rasender Mut erfülltes Tier erschien, bereit, ihren fernen Gatten zu verschlingen. Er hingegen tröstet sich mit dem bescheidenen Wohlstand, den er sich mühevoll errungen; in jedem Sommer nahm er einige hundert Frank ein; im Winter arbei-tete er in einem anderen Berufe: als Kristall-verkäufer, Steinschneider, Tischler oder der-gleichen. Seine ebenso arbeitsame Frau be-stellte die Felder, schnitt Gras und Gafel, be-sorgte die Kühe, sammelte Streu im Walde und sparm Ganf. So hat sich der Führer ein hübsches Häuschen, das er an die Fremden ver-mietet, bauen und einrichten können. Er ist einer der „Großen“ in der Gemeinde geworden und von seinen Kindern und Enkeln umgeben, von denen vielleicht mehr als einer gegen den Willen der Mutter Führer werden wird. Er liebt es, ab und zu ein Schließchen guten Wein dazu trinkend, von früheren Taten zu plaudern. Aber sein höchstes Vergnügen ist es noch immer, eine günstig gelegene Höhe zu erreichen, von der aus er ringsum die ewig jungen, ewig schönen, erhabenen Gipfel der Alpen betrachteten kann, die er so oft überschritten und so sehr geliebt hat.

Jahre vergangen sind und die zum Schutz der jugendlichen Arbeitskraft erlassenen Bestimmungen einheitlich strenger durchgeführt werden, dürfte es unsere Kollegen und Kolleginnen interessieren, über den Umfang der Kinderarbeit und die bei ihr zutage tretenden besonderen Verhältnisse, soweit sie Württemberg angehen, etwas Näheres zu erfahren. Eine andere Quelle als die Berichte der Gewerbeinspektion steht zurzeit leider noch nicht zur Verfügung, obwohl die Kinderarbeit an sich geeignet wäre, Gegenstand einer fortlaufenden eingehenden Darstellung zu sein.

Von den Assistentinnen und dem übrigen Aufsichtspersonal wurden im Jahre 1906 605 Werkstätten im Sinne des Kinderschutzgesetzes mit zusammen 1000 Kindern revidiert; hierzu kommen noch 12 Fälle, in welchen bei Revisionen 26 Kinder unzulässigerweise beim Steinklopfen und bei Ziegeleiarbeiten verwendet wurden. Bei 101 Revisionen in Heimbetrieben wurden nur Erwachsene angetroffen. Insgesamt sind also 718 Revisionen zur Durchführung des Kinderschutzes gemacht worden. Von den beschäftigten 912 eigenen Kindern entfallen 584 auf die Textilindustrie, 103 auf Bekleidung und Reinigung, der Rest auf die übrigen Gruppen, darunter die Papierindustrie mit 48. In polygraphischen Gewerbe sind beschäftigte eigene Kinder nicht vorhanden, wogegen von den für Dritte beschäftigten 14 Kindern 6 auf die polygraphischen Gewerbe entfallen. Fremde Kinder wurden 74 beschäftigt, von denen 44 auf Gruppe Nahrungs- und Genussmittel entfallen (Bäcker), aber auch in der Papierindustrie 4 Kinder vorhanden waren.

Durch die unermüdete Kleinarbeit der Assistentinnen und der Gehilfen soll es soweit gekommen sein, daß die gesetzlichen Bestimmungen nach und nach den Eltern und Arbeitgebern bekannt wurden und soweit beachtet werden, daß Uebertretungen „wenigstens nicht öffentlich unter den Augen der Behörden gewagt werden“. — Trotzdem waren die Verstöße wegen Uebertretungen auch des Kinderschutzgesetzes sehr zahlreich. In einer Baumwollspinnerei wurde ein noch nicht 13 Jahre altes Kind täglich 10 Stunden beschäftigt. Die veranlaßte Verstrafung der schon bei früheren Vergehungen verwahrten Firma scheint sehr milde ausgefallen zu sein, denn bei einer Nachrevision wurden wieder zwei schulpflichtige Kinder angetroffen. In einem Torfbetriebe mit einer jährlichen Produktion von 15 Millionen Stück verkaufsfertiger Ware wurden während der Saison, trotz schlechter Witterung, 20 Kinder im Alter von 9 bis 13 Jahren mit Torfswenden beschäftigt. „Die Kinder besuchten morgens bis 11 resp. 11½ Uhr die Schule, eilen rasch nach Hause, in aller Eile wird eine Kleinigkeit gegessen, unter Umständen reicht hierzu die Zeit nicht aus und es wird etwas mitgenommen und dann auf dem Wege zum Nied verzehrt. Im Nied arbeiten dann die Kinder von 1 bis 6 Uhr mit halbstündiger Pause in kleineren Abteilungen, sich stetig bückend und dauernd den direkten Sonnenstrahlen ausgesetzt. Abends sollen dann noch die Schulaufgaben gelöst werden.“ Gegen die von der Gewerbeinspektion beantragte Abstellung dieser Ausbeutung erhob der Besitzer Widerspruch, da er den Betrieb als nicht revisionspflichtigen landwirtschaftlichen Nebenbetrieb ansieht; die Entscheidung steht noch aus.

Mit dem Kinderschutz in der Hausindustrie haben sich die Assistentinnen sehr eingehend und vorwiegend befaßt. Als ein Unrecht wird es empfunden, daß eigene Kinder hinsichtlich der Beschäftigungszeiten so erheblich geringeren Beschränkungen unterliegen als fremde Kinder. Hauswerkstätten mit fremden Kindern waren schon vor dem Inkrafttreten des Kinderschutzgesetzes wenig verbreitet und kommen, seitdem Kinder erst vom 12. Jahre an beschäftigt werden dürfen, immer mehr in Abgang. Es wurden nur 6 solcher Werkstätten ermittelt; von den angetroffenen 18 Kindern waren 7 zu jung und 4 ohne Arbeitsarten; auch arbeiteten sämtliche Kinder 4—5 Stunden statt der vorgeschriebenen 3 Stunden. Die Ar-

beitgeber solcher Betriebe, meist ältere Leute ohne anderweitige Verdienstmöglichkeiten, sind Lohnarbeiter für größere Betriebe. Diese Heimbetriebe sollen in der Regel nur von solchen Kindern aufgesucht werden, deren Mütter aus irgendwelchen Gründen (Krankheit usw.) ihnen keine Anleitung zu der Arbeit geben können.

Die Revisionen in den Heimwerkstätten sind überaus mühevoll und stellen an die ausübenden Beamtinnen in körperlicher und seelischer Hinsicht erhebliche Anforderungen. Zunächst muß, da es für die Kontrolle an genügender Unterlage fehlt, von Ort zu Ort und von Haus zu Haus nachgefragt werden. Sodann genügt es nicht, die Arbeitgeber — meist die Eltern — mit den gesetzlichen Vorschriften schlechthin bekannt zu machen, sondern es bedarf, wenn der Zweck der Revision erreicht werden soll, eingehender Erklärung und Belehrung über die Notwendigkeit der Ziele des Gesetzes. Diese Erörterungen müssen vielfach in armliehen, niederen, unsauberen und schlecht gelüfteten Behausungen stattfinden. Der Einblick in das Elend dieser Bevölkerungsschreie, die zuweilen infolge der Not stumpf und gefühllos geworden sind, wirkt ergreifend und läßt die sozialen Gegenstände in so grellem Lichte erscheinen, daß es den Beamtinnen — insbesondere beim Einblick der blaß und fränklich aussehenden Kinder — oft schwer fiel, sich die für die Ausübung des Dienstes nötige Sachlichkeit zu wahren.

Zu widerstandlos gegen die gesetzlichen Bestimmungen waren bei der hausindustriellen Kinderarbeit die Regel: in 380 Fällen dauerte die Arbeitszeit zu lange und 208 Kindern mußte wegen zu jungem Alter das Arbeiten unterjagt werden. Die meiste Kinderheimarbeit wird in der Textilindustrie geleistet; es kommen hierbei schon vier- bis sechsjährige Kinder zur Verwendung. Der Bericht schildert, wie erstaunlich, fast unheimlich es anzusehen ist, wie geschickt oft diese Kinder das Handwerkzeug (Schere, Häkelnadel usw.) zu handhaben wissen. Von den Müttern dieser Kleinen wurde häufig geltend gemacht, daß die Arbeit derselben nur spielend, nicht regelmäßig und meist aus eigenem Antrieb geleistet werde. Allein schon an den strahlenden Augen der Kleinen, deren Beschäftigung als noch nicht zulässig bezeichnet wurde, konnten die Berichterstatterinnen erkennen, wie wenig lieb ihnen diese Art „Spielerei“ war. In ganz armen Familien mit zahlreicher Kinderschar begegnete es den Beamtinnen allerdings zuweilen, daß Kinder und Eltern um Gestattung der Arbeit in der bisherigen Weise flehentlich baten. Aufgewachsen im Kampf um das tägliche Brot, zeigten diese Kinder schon frühzeitig Verständnis für die Sorgen ihrer Eltern um die Erwerbung des Lebensunterhalts. In solchen Fällen ist es aussichtslos, die Leute davon überzeugen zu wollen, daß bei Wegfall der Kinderarbeit die Lohnverhältnisse in der Heimarbeit sich mit der Zeit bessern werden; es ist eben die augenblickliche Not, die diese Eltern treibt, ihre Kinder zur Arbeit anzuhalten. Von einer strafrechtlichen Verfolgung ist Abstand genommen worden; in den besuchten Familienbetrieben war die Not so groß, daß trotz erheblicher Gesetzesverletzungen wohl „nie an die Verstrafung der Eltern gedacht werden kann“.

Ueber die Schwierigkeiten der Revisions-tätigkeit wird dann noch berichtet, daß zuverlässige Auskunftspersonen nicht vorhanden sind. Die Angaben der befragten Ortsvorsteher, Geistlichen usw., daß im Orte wenig Heimarbeit geleistet würde, stellte sich oft als unrichtig heraus; es war sehr oft eine umfangreiche Heimindustrie anzutreffen, deren Vorhandensein abgestritten wurde, um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen. Bezüglich der Lohnverhältnisse ist die Feststellung interessant, daß trotz enormer Steigerung der Preise für Lebensmittel usw. durch die ausbeuterische Sozialpolitik die Löhne gegen 1904 und 1905 nicht gestiegen sind, ja, in der Trikotindustrie wurde im Berichtsjahr über Lohnherabsetzungen geklagt.

Von geradezu unheimlicher Wirkung ist aber die frühzeitige Kinderarbeit auf die Gesundheitsverhältnisse. Die Heimarbeit an sich

ist zwar nicht gesundheitsgefährlich, aber das lange Stillstehen in gebückter Stellung in unsauberen, schlecht gelüfteten Räumen beeinflusst die Entwicklung der Kinder ungünstig. Mit den Schulstunden, der Zeit für Hausaufgaben und einer etwa vierstündigen Heimarbeit kommt für die Kinder eine wesentlich längere Arbeitszeit heraus, als sie die Erwachsenen in Fabriken haben. Auch ist mit den scheinbar oft leicht auszuführenden Kinderarbeiten bei näherer Beobachtung bei der lang andauernden Wiederholung der gleichen Bewegung eine wirkliche Anstrengung verbunden. Da oft 12—13jährige Mädchen ganze Nachmittage an der Maschine sitzen und, um bei dem fargen Lohn von 9 bis 12 Pf. für ein Trikothemd einen ganz bescheidenen Lohn zu erzielen, sehr eifrig arbeiten müssen, besteht die Gefahr einer dauernden Gesundheitschädigung für die in der Entwicklung stehenden Mädchen, eine Gefahr, welche nur durch ein Verbot oder eine Einschränkung dieser Art Arbeit zu begegnen ist.

Endlich wird als ein weiterer Uebelstand in gesundheitlicher Hinsicht die Anhäufung von Arbeitsware bezeichnet, wie sie besonders in der Trikotindustrie zu beobachten ist. Die Ware wird, namentlich wenn es sich nur um das Fadenabschneiden, Knöpfsemmen und Verweben handelt — Arbeiten, die an jedem Stück nur kurze Zeit in Anspruch nehmen, — von den Arbeitenden in großen Mengen auf Karren heimgebracht; beim Golen und Abliefern eines kleinen Quantum würde im Verhältnis zu der geringen Bezahlung zu viel Zeit verloren gehen. Von anderen Arten läßt oft der Fabrikant eine ganze Wagenladung Trikotware in die kleine Gütte des Heimarbeiters bringen und wieder abholen. Da oft für eine zahlreiche Familie nur ein Bett vorhanden ist, schlafen Kinder und Erwachsene mangels einer anderen Lagerstatt oder des Raums für eine solche auf den vorhandenen Trikotwaren. Es wird durch eine solche Anhäufung von Waren in den ohnedies engen Behausungen nicht nur die Luft für die Arbeitenden verschlechtert, sondern es liegt auch Gefahr für die Infizierung der Waren vor, da ansteckende Krankheiten, wie die Lungentuberkulose, bei den Heimarbeitern nicht selten sind.

Alles in allem drängt sich den Beamtinnen der Gedanke auf, daß eine richtige Durchführung des Kinderschutzgesetzes, besonders in bezug auf die gewerblich beschäftigten eigenen Kinder, in der bisher gehandhabten Weise nicht wohl möglich ist. Neben einer schärferen Kontrolle, jährlicher Feststellung der gewerblich beschäftigten Kinder in den Schulen bzw. einer gesetzlich einzuführenden Anzeigepflicht, halten sie daher eine gesetzliche Regelung der Hausindustrie für notwendig, ohne welche die gegenwärtige Kinderheimarbeit nicht ausgerottet, sondern nur den Augen der Behörde entzogen werde. — e.

Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1906.

„Der Traum ist aus, die Schleier fallen.“ Diese inhaltsschweren Worte krönten ein Flugblatt, welches bald nach den diesjährigen Reichstagswahlen seitens des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands herausgegeben wurde. Dieses Flugblatt befaßte sich zunächst begrifflicherweise mit dem Wahlausfall, und frohlockte in ihm seine Verfasser über die sozialdemokratische Niederlage. „Seit Jahren war die sozialdemokratische Agitation auf den unaufhaltsamen Siegeszug der Sozialdemokratie gestimmt. Andere Arbeiterorganisationen wurden verhöhnt, verdächtigt, verleumdet, terrorisiert, und nun „fiel ein Keil in der Frühlingssnacht“. Der sozialdemokratische Siegestraum ist zerstört.“ So und ähnlich mehr hieß es da. Alle Register wurden gezogen, um darzutun, daß die von der Sozialdemokratie beliebte Taktik eine unfruchtbare, eine völlig verkehrte sei. Auch unseres Buchbinderverbandes resp. unserer vorjährigen Aussperrung wurde Erwähnung getan, um, zum Hauptzweck übergehend, ein schwingvolles

Blickt auf die christliche Gewerkschaftsbewegung an, so ist ihnen, deren Dasein eine Kulturbedingung sei. „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung muß zu einer Volksbewegung gestaltet werden.“ Und daß die christlichen Gewerkschaften „einem Bedürfnis entsprechen, beweisen Stand und Entwicklung derselben“.

„Der Traum ist aus, die Schleier fallen.“ An diese Worte wird man unwillkürlich erinnert, wenn man den jüngst erschienenen Jahresbericht des christlichen Generalsekretärs Stegerwald in Köln studiert. Diese Veröffentlichung bietet einen Ueberblick über den Stand und über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften. Es heißt darin, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1906 wiederum einen bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen habe, an dem auch die christlichen Gewerkschaften in erheblichem Maße beteiligt sind. Den christlichen Gewerkschaften gehörten Ende 1906 335 247 Mitglieder an, von denen 260 040 dem Gesamtverband angeschlossen sind. Die Mitgliederbewegung in den einzelnen angeschlossenen Verbänden ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Organisation	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt	
	1905	1906
Bergarbeiter	71 500	73 543
Bauhandwerker und Hilfsarbeiter	20 679	36 459
Textilarbeiter	24 735	34 581
Metallarbeiter	17 563	24 744
Bayerische Eisenbahner	19 000	22 155
Hilfs- und Transportarbeiter	8 329	13 023
Holzarbeiter	8 386	10 222
Keramarbeiter	2 600	7 031
Tabakarbeiter	2 851	6 437
Heimarbeiterinnen	3 077	3 600
Schuh- und Lederarbeiter	2 136	3 250
Schneider	1 962	3 124
Maler und Anstreicher	1 500	2 577
Gutenbergbund	—	2 714
Ziegler	1 800	—
Graphisches Gewerbe	740	1 050
Bayerische Salinenarbeiter	—	823
Krankenpfleger	368	642
Bäcker	380	472
Gärtner	—	670
Fleischer	—	500
Summa	188 106	247 116

Die angeführten Zahlen sind die Mitgliederzahlen im Jahresdurchschnitt. Am Ende des 4. Quartals 1906 und des 1. Quartals 1907 verzeichnet der Bericht folgende Ziffern:

Organisation	Mitgliederzahl am	
	31. Dez. 1906	1. April 1907
Bergarbeiter	75 153	77 111
Bauhandwerker und Hilfsarbeiter	38 076	42 209
Textilarbeiter	36 984	40 097
Metallarbeiter	26 272	27 341
Bayerische Eisenbahner	23 311	24 500
Hilfs- und Transportarbeiter	13 430	15 023
Holzarbeiter	10 435	11 108
Keramarbeiter	8 022	10 102
Tabakarbeiter	7 688	7 414
Heimarbeiterinnen	4 114	4 539
Schuh- und Lederarbeiter	3 739	4 023
Schneider	3 285	3 379
Maler und Anstreicher	2 753	3 180
Gutenbergbund	2 732	2 733
Ziegler	—	—
Graphisches Gewerbe	1 415	1 415
Bayerische Salinenarbeiter	832	836
Krankenpfleger	879	1 047
Bäcker	550	530
Gärtner	420	613
Fleischer	—	—
Summa	260 040	277 200

Bei vorstehenden Mitgliederzahlen ist jedoch zu beachten, daß die Organisationen der Gärtner und bayerischen Salinenarbeiter, sowie der Gutenbergbund bereits vor 1906 bestanden und darum für die christlichen Gewerk-

schaften eigentlich keine neu gewonnenen Mitglieder darstellen. Die Zunahme der christlichen Gewerkschaften, die sich, von Jahreschluß zu Jahreschluß berechnet, auf 68 350 Personen beläuft, würde sich mithin um die Mitgliederzahl obiger drei Gewerkschaften, und zwar um 3984 Personen, verringern. Die Organisation der Ziegler ist bereits im Jahre 1905 aus dem Gesamtverband ausgeschieden, und die Lic. Mumm'sche Gründung, der christliche Fleischerverband, ist von der Hilfsfläche verschwunden. Außer den bereits genannten Organisationen rechnen die christlichen Gewerkschaften noch 6 andere Interessengruppen mit 73 132 Mitgliedern mit gewisser Vorliebe zu den ihren. Der Zweck dieses Handbuchs ist insoweit zu erraten: sie sollen die Mitgliederzahlen möglichst hoch erscheinen lassen. Sei es drum, zählen wir den christlichen Gewerkschaften ruhig 335 247 Mitglieder zu. Was bedeutet aber diese Zahl gegenüber dem Reklamegeschrei der Christlichen? Am Jahreschluß 1906 zählten sie inklusive der bereits genannten sechs dem Gesamtverband nicht angeschlossenen „Gewerkschaften“ nur zehn, welche mehr dem 10 000 Mitglieder aufwiesen, (davon sind sieben dem Gesamtverband angeschlossen) und nur elf, welche mehr denn 1000 Mitglieder zählten (davon sind acht dem Gesamtverband angeschlossen).

Die Finanzgebarung zeigt ein ähnliches Bild. Einen einigermaßen nennenswerten Klassenbestand, d. h. einen solchen von mehr denn 100 000 Mk., weisen nur acht Organisationen auf, nämlich die fünf in den Tabellen an erster Stelle genannten, ferner die Holzarbeiter, der Gutenbergbund und der dem Gesamtverband nicht angeschlossene „Verein zur gegenseitigen Hilfe“ (Schleisien). Weitere acht, nämlich die Tabakarbeiter, Maler und Anstreicher, Graphisches Gewerbe, bayerische Salinenarbeiter, Krankenpfleger, Gärtner und die dem Gesamtverband nicht angeschlossenen württembergischen Eisenbahner und württembergisches Postpersonal müssen sich mit einem Klassenbestand bis noch nicht 6200 Mk. bescheiden, während die übrigen acht Klassenbestände von rund 10 000 Mk. bis rund 57 000 Mk. ihr eigen nennen. Was mit solchen „Summen“ bei Lohnkämpfen usw. anzufangen ist, weiß ein jeder, der schon einmal die Abrechnung eines größeren Streiks, einer größeren Aussperrung durchgesehen hat. Innerhalb weniger Wochen belaufen sich die Ausgaben auf Hunderttausende von Mark. Und auf solche Kämpfe muß jede Gewerkschaft, welche die Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder auf ihr Banner geschrieben hat, gefaßt sein. Daher sind denn auch rund zwei Drittel der dem Gesamtverbande angeschlossenen Gewerkschaften von vornherein zur absoluten Ohnmacht verdammt. Das ist das bittere Fazit des Jahresberichts, welches den christlichen Gewerkschaften, und vor allem deren Führern, gar unangenehm in die Ohren klingen wird.

Die Gesamteinnahme der christlichen, d. h. der dem Gesamtverbande angeschlossenen Gewerkschaften beläuft sich auf 3 378 833 Mk. Diese rekrutieren sich aus 59 469 Mk. für Aufnahmegebühren, 3 033 217 Mk. für Beiträge, 107 678 Mk. für Extrabeiträge und 170 902 Mk. für sonstige Einnahmen. Die Gesamtausgaben in Höhe von 2 709 260 Mk. setzen sich zusammen aus 275 260 Mk. für die Verbandsorgane, 262 787 Mk. für Agitation, 853 435 Mk. für Streik- und Gemafregelunterstützung, 34 464 Mk. für Arbeitslosenunterstützung, 265 485 Mk. für Krankenunterstützung, 136 994 Mk. für Sterbegeld, 61 233 Mk. für Rechtsschutz, 12 494 Mk. für sonstige Unterstützungen, 76 631 Mk. für Gehälter, 124 977 Mk. für Verwaltungsausgaben, 15 208 Mk. für Bildungszwecke und 35 470 Mk. für Beiträge an den Gesamtverband.

Naturngemäß interessiert uns neben der Entwicklung des Gesamtverbandes zunächst die Entwicklung der Zentrums-gewerkschaft unseres Berufes. Diese zählte — nach dem Jahresbericht des Generalsekretärs Stegerwald — 43

Ortsgruppen am 31. Dezember 1906 mit 1415 Mitgliedern (davon im Jahresdurchschnitt 1906 55 weibliche). Die Gesamteinnahme belief sich auf 15 915 Mk., die Gesamtausgabe auf 14 047 Mk. Ein Klassenbestand ist vorhanden in Höhe von 6178 Mk. Die Einnahmen rekrutieren sich aus 392 Mk. für Eintritte, 14 584 Mk. für Beiträge, 174 Mk. für Extrabeiträge und 765 Mk. für sonstige Einnahmen. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus 1808 Mk. für das Verbandsorgan, 2824 Mk. für Agitation, 1539 Mk. für Streik- und Gemafregelunterstützung, 646 Mk. für Reise- und Arbeitslosenunterstützung, 590 Mk. für Krankengeld, 22 Mk. für Rechtsschutz, 677 Mk. für Gehalt, 800 Mk. für Verwaltungsausgaben, 133 Mk. für Bildungszwecke und 160 Mk. Beitrag an den Gesamtverband. Daß bei einem solchen äußerst bescheidenen Etat, wie er aus vorstehenden Zahlen ersichtlich ist, nicht viel für die Mitglieder abfallen kann, liegt klar zutage. Die Erfolge sind denn auch dementsprechend. Nach der eigenen Angabe der Verbandsleitung, die bekanntlich ihren Sitz in Köln hat, sind für 225 Mitglieder pro Woche 1 Mk. bis 5,20 Mk. Lohnerböhung erreicht worden. Beachtenswert ist die im höchsten Grade dehnbare Angabe. Man dürfte nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die übergroße Mehrheit eine wöchentliche Lohnerböhung von dem angegebenen Mindestsatz zu verzeichnen hat, während den angegebenen Höchstsatz von 5,20 Mk. nur einige wenige aufweisen dürften. An Arbeitszeitverkürzung sind nach dem Bericht für 120 Mitglieder je 6 Stunden wöchentlich erreicht worden. Auch bei dieser Angabe regt sich leiser Zweifel ob ihrer Richtigkeit. Es mag ja sein, daß diese Angabe ebenfalls nur schätzungsmäßig gemacht wurden, denn schwer glaublich ist es, daß die Unternehmer in all und jedem der in Betracht kommenden Fälle regelmäßig eine tägliche Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde zugestanden haben sollen. Schwer glaublich ist es, daß sich die Arbeiter nicht auch ein einziges Mal mit einer Verkürzung von nur einer halben, vielleicht auch nur einer Viertelstunde pro Tag haben zufrieden geben sollen. Sei es wie es sei, jedenfalls ist aus dem Bericht zu erkennen, daß die christliche Arbeiterbewegung innerhalb unseres Berufes — und schließlich nicht nur innerhalb dieses — die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt hat und voraussichtlich nie erfüllen wird.

„Der Traum ist aus, die Schleier fallen.“ Auch in den eigenen Reihen der Zentrums-gewerkschaft unseres Berufes scheint es nachgerade zu dämmern. Die ruhigen Gemüter, die jedem Wink ihrer Oberbirten seither gehorchten, fangen an aufässig zu werden. Nicht mehr zufrieden ist man mit der Leitung, die sich zu viel vorgenommen habe und nun nichts erreiche. Der Anschluß des Gutenbergbundes an den Gesamtverband christlicher Gewerkschaften Deutschlands scheint das Seine getan zu haben, den Stein ins Rollen zu bringen. Naturngemäß werden sich die bis jetzt ebenfalls im christlich-graphischen Verband zusammengeschlossenen Buchdrucker — so weit es noch nicht geschehen ist — dem Gutenbergbund anschließen. Dadurch wird der christlich-graphische Verband nicht unbedeutend geschwächt und demzufolge noch weniger leistungsfähig, als er es ohnedem schon ist. Und nun kommen noch die Buchbinder und propagieren ebenfalls eifrig gewisse Sonderbündeleien. Zunächst ist es die Forderung nach Bildung selbständiger Buchbinder-Sektionen, welche sie erheben und wohl auch schon, so in Köln, verwirklicht haben. Und nicht nur in verwaltungstechnischer Hinsicht wird der christlich-graphische Verband von einem schweren Gewitter bedroht. Ein Artikel in Nr. 14 der „Graphischen Stimmen“ befaßt sich mit der Agitation, und verfehlt er nicht, den christlichen Verband in den Himmel zu loben. Dieser Artikel, der aus der Feder des Zentralvorstehenden herrührt, erfährt in Nr. 15 der gleichen Zeitung eine Abfertigung, die wohl verdient ist. Für uns liegt weiter keine Veranlassung vor, uns näher mit den beiden Artikeln zu beschäftigen. Soviel sei gesagt, daß beide des eingehenden Studiums wert sind. Denn wenn

nicht alles kündigt, dann steht der christlich-graphische Verband vor einer inneren Krise, welche durch die beiden angezogenen Artikel erstmalig im vollen Umfange zur Kenntnis der Öffentlichkeit kommt. Und in diesem Sinne betrachtet, tragen sie ebenfalls einen Bruchteil zur Entwicklungsgeschichte der christlichen Gewerkschaften bei. Nicht immer kann man in den christlichen Organen eine solche ungeschminkte Wahrheit zu lesen bekommen, wie sie der „Kölner Kollege“, der den Artikel des Zentralvorstehenden mit Recht und in vielen — nicht allen — Fällen sehr zutreffend bekräftigt, den Lesern der „Graphischen Stimmen“ unterbreitet. Es gehört für einen christlich organisierten schon etwas dazu, wenn er im eigenen Organ schreiben kann:

„Und 8. führt Koll. Schw. an, daß die Kollegen in den freien Verbänden bei Bewegungen mit uns zusammenhängen, sei ein Beweis für unsere Bedeutung. Auch da gehen unsere Meinungen auseinander. Nicht wegen unserer Bedeutung gehen die Freien mit uns, sondern nur der Druck der Verhältnisse zwingt sie dazu. Schon im Anfang unseres Verbandes und sogar hier in Köln noch vor Gründung des Zentralverbandes ist man mit uns zusammen gegangen, wo man doch wohl noch nicht von einer Bedeutung sprechen konnte.“

Und wenn man zu solcher Erkenntnis gekommen ist, wenn man tagtäglich sieht und fühlt, daß man im wirtschaftlichen Kampf ohnmächtig ist, dann sollte man auch aus dieser Erkenntnis lernen und seine Kraft nicht da nutzlos vergeuden, sondern sie dort anwenden und benutzen, wo sie sich angemessen verzinst. Eine angemessene Verzinsung bringen nur die leistungsfähigen freien Gewerkschaften. Diese Wahrheit erkennen die Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen an, die ihr alljährlich zufließen. Im Jahre 1906 betrug dieser Zustrom rund 368 000 Personen. Die freien Gewerkschaften haben also in einem Jahre über hunderttausend Personen mehr neu aufgenommen, als die christlichen Gewerkschaften seit ihrem Bestehen überhaupt an sich zu fesseln vermochten. Und wenn schon vor Jahren, anlässlich des „Ersten deutschen Arbeiterkongresses“ mit bombastischen Worten auf jene 600 000 trendenische Männer hingewiesen wurde, die bereit waren, den Kampf mit den in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeitern aufzunehmen, dann fragt man sich jetzt nach Jahren, wo sind sie, diese sechshunderttausend Mann? Sie waren niemals da, das ist die Antwort. Leeres, hohles Gerede war's, mit dem man Leichtgläubige einzufangen gedachte, Phantasiegebilde. Phantasiegebilde sind's auch, wenn der Generalsekretär Stegerwald in seinem Jahresbericht sagt, daß die christlichen Gewerkschaften berufen sind, den Regulator sowohl gegenüber scharfmacherischen Plänen wie auch zur politischen und gewerkschaftlichen Taktik der sozialdemokratischen Bewegung zu bilden. Wir verkennen durchaus nicht den Einfluß, den Hunderttausende von Arbeitern auf den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt haben können. Eine Frage nur ist's, ob sie in die Lage kommen werden, einen solchen Einfluß auszuüben, wie er ihnen im Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften zugehört ist.

Korrespondenzen.

Vor Annahme von Arbeit in Göttingen, Herford in Westfalen und Kassel ist zuvor beim örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung nach den Arbeitsbedingungen usw. einzuholen.

Annaberg-Buchholz. Die Luxuskartonnagenarbeiter stehen in einer Tarifbewegung. Die in der Kartonbranche von Annaberg-Buchholz und Umgebung beschäftigten Kollegen bereiten eine solche vor. Zugang ist fernzuhalten.

Annaberg-Buchholz. Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die am 26. Juli stattgefundene öffentliche Versammlung der Kartonnagen- und Kartonarbeiter, Arbeiter in Buchbindereien und Prägeanstalten. Gegen 700 Kollegen hatten dem

Auße der Lohnkommission Folge geleistet, die im 1. Punkt der Tagesordnung die Antwort der Prinzipale bekannt gab. Dieselbe lautet:

„Der am 19. Juli gegründete unterzeichnete Verband hat Stellung genommen zu dem von Ihnen angeleglich im Auftrage einer Lohnkommission verfassten Rundschreiben und gibt hiermit bekannt, daß eine Antwort darauf bis zum 10. August erteilt werden wird.“

Achtungsvoll
Arbeitgeber-Schutzverband der Kartonnagen-Industrie von Annaberg-Buchholz und Umgegend.
Eine rege Diskussion fand statt, an der sich auch die anwesenden Prinzipale beteiligten und wurde als Beschluß folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute, am 26. Juli, im „Deutschen Kaiser“, Buchholz, von 700 Arbeitern der Kartonnagen- und Kartonbetriebe, Buchbindereien und Prägeanstalten besuchte öffentliche Versammlung nimmt Kenntnis von der Antwort, die uns vom Schutzverband der Kartonnagenfabrikanten von Annaberg-Buchholz und Umgegend zuzug.

Diese Antwort, die nichts weiter besagt, als bis zum 10. August erst die weitere Antwort zu geben, kann die Versammelten in keiner Weise befriedigen, sondern muß den Gedanken einer Verschleppung unserer tariflichen Forderungen erwecken.

Um zu bekunden, daß wir noch immer den Standpunkt einer friedlichen Erledigung vorziehen, beschließt die heutige Versammlung, diese Resolution dem Schutzverband der Kartonnagenfabrikanten zuzustellen mit dem Ersuchen, uns bis spätestens Freitag, den 2. August, eine definitive Antwort zugehen zu lassen, dahingehend, ob die Herren Prinzipale zu Zugeständnissen bereit sind, eventuell bis zum 10. August gewillt sind, diese tarifliche Angelegenheit zur beiderseitigen Zufriedenheit zur Erledigung zu bringen.

Der 2. Punkt der Tagesordnung lautete: „Wie stellen sich die Kartonarbeiter zu tariflichen Verhältnissen?“

Die Kartonarbeiter führten Beschwerde, warum der Tarif nicht auch den Kartonfabrikanten, sondern nur den Luxuskartonnagenfabrikanten zugestimmt wurde. Hierauf erläuterte unser Gauleiter Pfäfe in sehr eingehender Weise den Nutzen des Tarifs und erklärte, wenn der Tarif auch in der Kartonbranche eingeführt werden sollte, dem nichts entgegenstehe, doch müßte der Tarif für die Kartonbranche etwas geändert werden, und schlägt er vor, eine Kommission zu wählen, die den Tarif ausarbeitet. Dem stimmt die Versammlung mit sehr großem Beifall zu.

Weiter schildert Redner die traurigen Verhältnisse, die in den Karton- und Kartonnagenbetrieben noch bestehen. Auch bei diesem Punkte entspann sich eine lebhafte Debatte. Pfäfe ermunterte die Kollegen der Kartonbetriebe ganz besonders, nicht nur momentan sich dem Verbands anzuschließen, sondern feste und treue Mitglieder desselben zu werden, damit auch endlich einmal mit den schlechten Verhältnissen aufgeräumt werde. Mit einem kräftigen dreifachen Hoch auf den Deutschen Buchbinder-Verband schloß Kollege Reinhold um 10 Uhr diese hier einzig dastehende Versammlung.

Kassel. Die Lohnbewegung hier selbst machte seither noch keine großen Fortschritte. In einer Verhandlung der Lohnkommission unserer Zahlstelle mit der der Zeitung wurde ebenfalls nichts erreicht.

Die Zahlstelle stellte an die Unternehmer folgende Forderungen: 15 Proz. Erhöhung auf sämtliche Lohnklassen des jetzigen Tarifs, auch für diejenigen Schülern, die über dem Minimallohn stehen.

Die Minimallohne im alten Tarif waren: im 1. Gehältsjahre 16 Mk., im 2. 17 Mk., im 3. 18 Mk., in 4. 20 Mk.

Ferner 25 Proz. Aufschlag für die ersten zwei Ueberstunden, für jede weitere Stunde 33 1/2 Proz.

Für Mädchen im 1. Lehrjahre 8 Mk., nach einem Jahre 9 Mk., im 2. Jahre 10 Mk. und geübte Arbeiterinnen 12 Mk., solche an der Falzmaschine 15 Mk., an der Heftmaschine 16 Mk. Akkordarbeit nach Leipziger Tarif.

Der Vorsitzende der Zahlstelle begründete die Lohnforderung mit der seit zwei Jahren anhaltenden Lebensmittelerhöhung und gab den Vertretern der Zeitung bekannt, daß es wohl beiderseits besser wäre, auf gutem Wege in der Tariffage sich zu einigen. Die Kommission der Zeitung erklärte darauf, daß sie von ihren Mitgliedern den Auftrag erhalten hätte, überhaupt nichts bewilligen zu sollen. Nach langem Hin und Her hatten sie den Vorschlag gemacht, wir möchten ihnen ein Entgegenkommen zeigen, indem wir den Tarif etwas herabsetzten. Ein Mitglied der Zeitung schlug vor, für verheiratete Mitglieder 10 Proz. zu bewilligen. Ein weiterer Vorschlag war wieder dafür, den Bedingen einen Aufschlag zuzulassen zu lassen. Eine

Einigung wurde dahin erzielt, einer Versammlung die Vorschläge zu unterbreiten und den Beschluß der Zeitung zukommen zu lassen.

In der am Dienstag, den 23. d. M., stattgefundenen Versammlung wurde von den Mitgliedern unserer Zahlstelle der Beschluß gefaßt, die jetzt eingereichten Forderungen hoch zu halten und nicht davon abzulassen.

Rundschau.

Einen erfreulichen Aufschwung hat in den letzten Wochen unsere Zahlstelle in Annaberg-Buchholz genommen. Hieran dürfte die Lohnbewegung, welche vor kurzer Zeit dort einsetzte, die Hauptursache bilden. Unseren Kollegen und Kolleginnen in Annaberg-Buchholz ist eine Besserstellung ihrer äußerst bedürftigen Lebensverhältnisse wohl zu gönnen. Dazu kann ihnen aber nur unser Buchbinder-Verband verhelfen. Dieses haben auch die dortigen Kollegen erkannt und sind in Scharen der Organisation beigetreten. Noch am Schlusse des ersten Quartals dieses Jahres zählte die Zahlstelle nur 87 männliche und ein weibliches Mitglied, am Schlusse des zweiten Quartals 141 männliche und 5 weibliche, während sich der Mitgliederbestand am 1. August auf 318 männliche und 5 weibliche belief. Diese Entwicklung ist freudig zu begrüßen, und hoffentlich hält die mächtig aufstrebende Zahlstelle, was sie verspricht. — **Forzeheim und Annaberg-Buchholz**, das sind zwei Orte, denen alle übrigen nachahmen sollten.

Vom Verbandstage des Bundes deutscher Buchbinder-Znningen. Am 21. Juli tagte in Hannover der Verbandstag des Bundes deutscher Buchbinder-Znningen. Dem Bunde gehören zurzeit 22 Zweigzünnungen und 20 freie Znningen an. Die Zahl der Mitglieder beträgt 2490. Eine besondere Aufmerksamkeit widmet der Geschäftsbericht der auch das Buchbindergerber empfindlich schädigenden Gefängnisarbeit und den von dem Bunde hiergegen ergriffenen Maßnahmen. Die Eingaben an die zuständigen preussischen Ministerien bewirkten, daß in diesen unterstehenden Straf-Anstalten und Gefängnissen eine Vermehrung oder Vergrößerung der vorhandenen Buchbindereibetriebe vorläufig nicht stattfinden soll. Sehr eingehend wurde über einen Antrag aus Breslau auf Einführung eines einheitlichen Preistarifs für ganz Deutschland diskutiert. Mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Durchführung eines solchen Tarifs wurde der Antrag abgelehnt. Ein Antrag der Znning zu Halle a. S., der Verband möge dahin wirken, die Gewerbebetriebe, welche gelehrte Arbeiter beschäftigen, zu Znningbeiträgen heranzuziehen, soll auf dem nächsten Gewerbe- und Handwerksammertage in Eisenach zur Erledigung kommen. Der Vortrag des Oberinspektors Reiche-Hannover über Unfall- und Einbruchsdiebstahlversicherung wurde in Rücksicht auf die Kürze der Zeit auf eine kurze Skizze beschränkt und soll in seinem ganzen Umfange den Mitgliedern durch Abdruck in dem Verbandsorgan zur Kenntnis gebracht werden. Eine lebhafte Debatte entspann sich über den Antrag der Vereinigung selbständiger Buchbinder Niederfachsens, das bestehende Verbandsblatt den Verhältnissen entsprechend auszustatten. Der Vorstand beauftragte die Uebertragung des Verlanges an die hannoversche Firma H. O f f e r w a l d und der Redaktion an den zweiten Bundesvorsitzenden U n r a s h -Dresden. Die Versammlung stimmte diesem Antrage zu. Der Bundesvorstand, welcher neu zu wählen war, wurde in seiner Gesamtheit durch Zuruf wiedergewählt und hierauf der Verbandstag geschlossen.

Verband süddeutscher Kartonnagenfabrikanten. Auf einer Zusammenkunft süddeutscher Kartonnagenfabrikanten am 21. April dieses Jahres in Stuttgart wurde die Gründung eines süddeutschen Kartonnagenfabrikanten-Verbandes beschlossen und einem geschäftsführenden Ausschuss die Erledigung der Vorarbeiten übertragen. Nachdem dieselben soweit geblieben, fand in der Zeit, in der unser Verbandstag in Nürnberg tagte, in Mannheim der erste außerordentliche Verbandstag des Verbandes der süddeutschen Kartonnagenfabrikanten statt, auf dem die weitere Geschäftslage des Verbandes besprochen und die zukünftige Tätigkeit erörtert wurde. Von den vielen Aufgaben, deren Behandlung sich der Verband zur Aufgabe gestellt hat, seien hier einige nach der „Papierzeitung“ angeführt. Die Bekämpfung des Schleuderunwesens soll wie bisher auch in Zukunft durch Belehrung und moralische Erziehung erfolgen, und nur im äußersten Falle sollen schärfere Maßregeln angewandt werden. Lebhafte Beifall erweckte der Vorschlag des Herrn Dreifuß, **Interessengruppen** zu bilden, welche in kleineren Gruppen von Mitgliedern des Verbandes die Aufbesserung der Preise für die jeweiligen Sonderartikel ins Auge fassen sollten.

Bildung und Organisation dieser Interessengruppen hat sich der Vorstand des Verbandes zur Aufgabe gemacht. Wirtschaftliche Fragen allgemeiner Art, z. B. Zollfragen, berufsgenossenschaftliche Pflichten und Lasten, Versicherungsweisen und andere mehr sollen in kurzer Zeit sachgemäß behandelt werden.

Der Sitz des Verbandes ist Stuttgart. Der Beitrag beträgt 16 Mk. jährlich sowie 3 Mk. Eintrittsgebühr. Das Eintrittsgeld soll Firmen, welche in der nächsten Zeit noch beitreten, erlassen werden. Das Verbandsorgan (die „Kartonnagen-Zeitung“) soll den Mitgliedern unisono gefiefert werden. Der Vorstand wurde wie folgt gewählt: 1. Vorsitzender A. Drehfuß, in Firma Drehfuß u. Rosz, Muggensturm (Waben); 2. Vorsitzender Karl Stein, in Firma F. Weitzenburg Nachf., Offenbach a. M.; 1. Schriftführer Karl Woffe, Nürnberg; 2. Schriftführer José del Monte, Stuttgart; Kassierer Alfred Hirschland, Oberberneinische Kartonnagenfabrik, Mannheim; Beisitzer: 1. Erich Schade, Patentkartonnagenfabrik, Frankfurt; 2. Alfred Blohorn, Offenbach; 3. Albert Kullik, Nürnberg; 4. Rudolf Schmelter, Pforzheim.

Als Ort der nächsten Versammlung wurde Frankfurt a. M. aussersehen.

Höflichkeit im amtlichen Verkehr. Im württembergischen Landtag wurde jüngst über die Peitition der Postunterbeamten verhandelt, in der sie um die Anwendung des Titels „Herr“ im dienstlichen Verkehr erludeten. Trotz der sehr einbringlichen Begründung durch den Genossen Bildenbrand, die an satirischer Würze nichts zu wünschen übrig ließ, verhielt sich der Minister Walzacker ablehnend; es wurde nur das erreicht, daß im schriftlichen Verkehr künftig der Titel „Herr“ seitens der Oberbeamten auch auf die niederen Angestellten Anwendung finden soll. Haben die Petenten somit auch nicht die Erfüllung der ganzen Wünsche erreicht, so läßt sich doch ein gewisses Entgegenkommen nicht abstreiten, was man in bezug auf die Wünsche der Beamten nicht überall sagen kann und gerade an der Höflichkeit Beamten und Arbeitern gegenüber sehr vernünftig. Aber nicht nur den eigenen Angestellten gegenüber läßt man es vielfach an der nötigen Höflichkeit fehlen, auch dem Publikum scheint man mitunter wenig von dieser so billigen Ware zu gönnen. Besonders auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung leistet man sich einen Mangel an Höflichkeit, der geradezu verlegend wirkt, und es sind nicht die oft getadelten Berufsgenossenschaften, sondern die Invalidenversicherungsanstalten, unter ihnen Württemberg an erster Stelle, die es sehr an der Höflichkeit fehlen lassen. Wird auf den Beschwerden der Berufsgenossenschaften jeder Versicherte männlichen Geschlechts mit „Herr“ tituliert, so heißt es bei der Versicherungsanstalt einfach: „An den Arbeiter X.“ Aber nicht das allein. Seit etwa neun Jahren wird auf den ablehnenden Bescheiden auf die Versicherten, denen doch, wenn auch ein bestrittenes Recht zusteht, der Ausdruck „Wittsteler“ angewendet, der unzutreffend und unhöflich zugleich ist. Beamten, die um ihre Pension einkommen, antwortet man schwerlich so unhöflich. Das gleiche Recht auf Höflichkeit haben die versicherten Arbeiter, Handwerker usw., denn einzuweilen ist die Invalidenversicherung noch keine Armenversorgung, wenn sie auch manche Leute so ansehen. Also auch hier mehr Höflichkeit und Rücksicht!

Es wird noch zu wenig gespart. Ueber sehr talentvolle Köpfe muß die bayerische Bahnbehörde verfügen. Sie hat sich einen gewissen Ruf erworben durch allerlei Kuriose Erlasse, die zum Sparen ermahnen. Daß die größte Sparsamkeit waltet in der Bereitstellung des nötigen Wagenmaterials, so daß zu bestimmten Zeiten direkt ein Wagenmangel fühlbar ist, sowohl für den Personen- als den Güterverkehr, ist eine Erscheinung im kapitalistischen Staat, die nur gewisse Nörgler nicht in Ordnung finden. Ebenso ist die Einsparung am unteren Beamtenpersonal und den Angestellten eine Maßnahme, die nicht zu besonderen Bemerkungen Anlaß geben. Etwas reichlicher sprühten schon die Wäse, als die Bahnbehörde eine möglichst sparsame Verwendung von Streufand, Bündelholzern, Putzwolle und ähnlichen Kleinigkeiten verfügte. Ansehens wird aber immer noch nicht genug gespart. Die Sparteleute setzten sich auf die Hosen, grübelten und grübelten und entdeckten schließlich, daß noch an den — Buchbinderarbeiten gespart werden könnte. Jüngst hat das Verkehrsministerium zur Verminderung der Ausgaben für Buchbinderarbeiten folgende Verfügung erlassen:

„Es hat sich in der Hauptbibliothek des Ministeriums als vorteilhaft erwiesen, einen beträchtlichen Teil der Bücher und Zeitschriften entweder im Eigenbetrieb einfach zu broschieren oder in Kleinförmigkeit mit Heftvorrichtung einzulegen. Das Broschieren im Eigenbetrieb findet bei Zeitschriften

und Büchern aller Art Anwendung. Es wird von den in der Bibliothek verwendeten Bediensteten, welche das Buchbinderhandwerk erlernt haben, in den unregelmäßig anfallenden Pausen des eigentlichen Bibliothekdienstes vorgenommen. Infolgedessen fallen nur die geringen Materialkosten an. Die Kosten des Einbindens konnten dadurch in vielen Fällen auf weniger als ein Zehntel des früheren Aufwandes verringert werden. Das Binden durch Buchbinder soll nur bei teuren oder wichtigen Zeitschriften und Widern Anwendung finden. Die Eisenbahndirektionen und Oberpostdirektionen werden beauftragt, in ähnlicher Weise zu verfahren.“

Hoffentlich wird jetzt so viel eingespart, damit das Gehalt der Leute herankommt, die immer neue Wege zur Betätigung des Sparnisses ausfinden müssen. Sollte das wieder nicht der Fall sein, dürfte es dem genialsten Denker wohl schwer fallen, noch ein neues Sparobjekt zu finden.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Arbeiter, Parteigenossen!

Unstreitig gehören die in der deutschen Tabakindustrie Beschäftigten mit zu den schlechtest entlohnerten Arbeiterschichten Deutschlands. Löhne werden gezahlt, mit welchen in den meisten Fällen nicht einmal das nackte Leben zu fristen ist, und die Verhältnisse erinnern lebhaft an das sprichwörtlich gewordene Elend der schlesischen Weber. Die Ausbeutung der in der Tabakindustrie Beschäftigten wird in der raffiniertesten und rücksichtslosesten Weise betrieben, so daß tatsächlich in vielen Fällen das Elend unter den Tabakarbeitern zu ersten Bedenken Anlaß gibt. Die rücksichtslose Ausbeutung konnte diesen gefährlichen Grad erreichen, weil die Zigarrenfabrikation mit Leichtfertigkeit von einem Orte zum anderen verlegt werden kann und auch verlegt worden ist, wodurch der Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation auf ein geringes Maß reduziert wurde. Nicht minder wirkten auch die fortgesetzten Zoll- und Steuerpläne der Reichsregierung begünstigend auf das Gewerbe. Der vom Deutschen Reichstage beschlossene und im Jahre 1879 in Kraft getretene Rohstoffzoll in Höhe von 85 Mk. pro Doppelzentner muß größtenteils von den in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeitern getragen werden, auf welche die Fabrikanten diese Last durch Lohnreduzierungen abwälzten. Auch neuerdings plant man wieder eine Besteuerung der Zigarrenindustrie in Form einer Vandalenrolensteuer, deren Last wenn irgendmöglich den Tabakarbeitern ebenfalls aufgeschuldet werden wird. Wir sehen daher in den deutschen Tabakarbeitern nicht allein eine Arbeiterschicht, die der grenzenlosen Ausbeutung ausgesetzt ist, sondern auch eine solche, die gewaltige Summen dazu alljährlich für den Reichshaushaltsetat extra zu tragen hat.

Diesen wesentlichen Faktoren ist das unbeschreibliche Elend der deutschen Tabakarbeiter zu verdanken. So sehr nun auch von diesen Faktoren die Tätigkeit des Tabakarbeiterverbandes begrenzt wurde, ließ er es doch an der nötigen Agitation und Werbung von Mitgliedern nicht fehlen und erreichte auch gerade in den letzten Jahren, daß seine Mitgliederzahl stieg. Die Kämpfe um eine bessere Existenz entstanden und wurden geführt werden. Selbstverständlich erforderten diese Kämpfe ungewöhnlich hohe Summen, da beinahe jede Lohnreduzierung im zähen Kampfe erungen werden mußte. So herausgabte der deutsche Tabakarbeiterverband für diese Kämpfe bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 24 619 im Jahre 1905 und 28 384 im Jahre 1906 171 000 Mk. im Jahre 1905 und 204 000 Mk. im Jahre 1906 und im verfloffenen 1. Halbjahr 1907 115 000 Mk. Dazu waren nicht weniger als 85 000 Mk. Gemahrgeldernunterstützung erforderlich. Verhältnismäßig große Summen mußten auch für arbeitslose Mitglieder ausgegeben werden, die durch die vom Deutschen Reichstage beschlossene Vandalenrolensteuer auf Zigarren arbeitslos geworden waren. Auch in den jetzt noch tobenden Kämpfen zeigt es sich, daß die Zigarrenfabrikanten vor keinem Mittel zurückschrecken, das ihnen verspricht, die Gewährung etwas besserer Löhne hintenanzuhalten. Mehrere Kämpfe, darunter jener in Gießen mit 1100 beteiligten Tabakarbeitern, wo man seitens der organisierten Zigarrenfabrikanten sogar das Verlangen an die Arbeiter richtete, aus dem deutschen Tabakarbeiterverbande auszutreten, sind zu bestehen und werden voraussichtlich noch eine längere Zeit andauern.

In dieser Situation hat sich der unterzeichnete Vorstand an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewandt mit dem Ersuchen, den um ihre Existenz ringenden deutschen Tabakarbeitern beizuhelfen. Die Generalkommission hat diesem Ersuchen bereitwillig entsprochen und sich diesbezüglich mit einem Aufruf an die organisierten Arbeiter Deutschlands gewandt, eine Sammlung einzuleiten. Auch die organisierten Tabakarbeiter sind, wohl einsehend, daß diese Kämpfe große Summen erforderlich machen, von der Verbandsleitung schon seit April dieses Jahres verpflichtet worden, monatliche Extrabeiträge zu zahlen, die auch gerne, trotz des Elends, in welchem sie stecken, gezahlt werden. Dazu haben erfreulicherweise an vielen Orten die organisierten Tabakarbeiter noch wöchentliche Extrasammlungen unter sich eingeleitet.

Arbeiter, Parteigenossen! Wenn wir diesen Schritt zur Veranfassung einer Sammlung unternehmen, so geschah es in der bestimmten Erwartung, ihn nicht vergebens getan zu haben. Es gilt in diesem Falle, einer an Zahl wohl kleinen, aber mächtigen und übermütigen Unternehmergruppe, wie in Gießen, zu zeigen, daß die Klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands es nicht duldet, daß einer Arbeiterschicht, wie es in Gießen besudet wird, das Koalitionsrecht genommen werden soll, und daß es ihr ernstes Bestreben ist, die gesamte Arbeiterschaft auf ein höheres, soziales Niveau zu erheben. Die organisierten deutschen Tabakarbeiter rechnen mit Bestimmtheit auf die geforderte Solidarität der Klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands und werden in gleicher Situation bei Arbeitern anderer Branchen auch ihren Mann stehen, wie sie es getan haben, solange es eine Klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands gibt.

Mit Gruß

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes Bremen.

Gegen Ende Mai dieses Jahres verlangten die in Gießen und Umgegend sesshaften organisierten Tabakindustriellen von ihren Arbeitern und Arbeiterinnen den Austritt aus der Organisation mit der Erklärung, daß alle, welche austreten, weiter arbeiten könnten, während die übrigen entlassen würden. Da der Forderung der Unternehmer nicht entsprochen wurde, sondern alle der Organisation treu blieben, wurden am 8. Juni über 1000 Personen ausgesperrt. Wieder einmal soll der an und für sich sehr schlecht gestellten Arbeiterschaft der Tabakindustrie gezeigt werden, daß sie die Forderungen der Industriellen zu respektieren haben. Ist es ein Wunder, wenn sich die gesamte Arbeiterschaft gegen solchen Dünkel wehrt? Trohden das Gießener Kreisamt als Einigungsinstanz die Herren Fabrikanten aufgefordert hatte, sie sollten erklären, ob sie nach Wiederaufnahme der Arbeit eine Lohnreduzierung eintreten lassen wollten — und zwar sollte diese Erklärung innerhalb einer Woche erfolgen — ist keine Erklärung erfolgt. Es steht somit fest, daß die Herren es auf eine Machtsprobe ankommen lassen wollen; sie wollen, koste es, was es wolle, die Organisation vernichten.

Unterdessen sind alle die Firmen, welche ihre Arbeiter ausgesperrt haben, hochnotkuhler. Es sind dies: A. Adermann, Binnewald, Vot u. Comp., Fr. Esch, C. Emmelius, F. Fischer, Rh. Gail, L. Georgi, F. Gahn Nachf., W. Meyer, A. Müller, F. Rattmann, F. D. Noll, Gebr. Plek, L. Scheit, Gg. Schirmer, sämtlich in Gießen; J. D. Haas, Dillenburg; Gebr. Pöger, Greven, Weßf.; Nimm u. Cloos, Heudelheim. — Die Firmen Rh. Gail und Gg. Schirmer in Gießen und J. D. Haas in Dillenburg führen außer Zigarren auch Rauch- und Kautabak.

Auch an unsere Kollegenchaft richten wir das bringende Ersuchen, den Boykott hochzuhalten und die ausgesperrten Tabakarbeiter nach Möglichkeit zu unterstützen. Die ausgeschriebenen Sammlungen sollen ergeben, daß die Buchbinderarbeiterschaft sich ihrer Pflicht bewußt ist, bedrängte Klassen-genossen nicht im Stich zu lassen.

Berlin.

Achtung, Startunnieter! In der letzten Zeit ist von einzelnen Firmen wiederholt verjudet worden, Arbeitskräfte durch Umgehung des Arbeitsnachweises einzustellen. In einigen Fällen ist es nicht nur bei dem Verjudet geblieben.

Da laut Tarif derartige Einstellung von Arbeitskräften nur zulässig ist, wenn Arbeitskräfte vom Nachweis nicht zu erhalten sind, die Annahme der Arbeit aber ohne Arbeitsnachweis ebenfalls verboten ist, so ersuchen wir die Kol-

legen, uns diese Fälle sofort mitzuteilen, damit bei dem Schiedsgericht Klage wegen Tarifbruch erhoben werden kann.

Mit kollegialem Gruß
J. M.: Karl Klappenbach,
Nixdorf, Elbestr. 4.

Abrechnungen

Pro 2. Quartal gingen bei der Verbandskasse vom 24. bis 30. Juli ein: Von Altona mit 350 Mk., Augsburg — Mk., Bant-Wilhelmsbaven 94,10 Mk., Berlin 6275 Mk., Brandenburg — Mk., Bremen 250 Mk., Bremerhaven 40 Mk., Breslau 500 Mk., Dresden 2500 Mk., Erfurt — Mk., Essen 120 Mk., Frankfurt 600 Mk., Freiburg 200 Mk., Hannover 1900 Mk., Koblenz 75 Mk., Köln 250 Mk., Königsberg — Mk., Laht — Mk., Leipzig 7210,80 Mk., Mannheim-Ludwigshafen 53,36 Mk., München 1600 Mk., Offenbach 250 Mk., Neutlingen 150 Mk., Solingen-Wald — Mk., Straßburg 125 Mk., Stuttgart 500 Mk., Würzen 54,70 Mk., Gau IV 75 Mk., Gau V 456,90 Mk., Gau IX 153,67 Mk., Gau XII 218,40 Mk. und von Gau XVII mit 40 Mk.

E. Gauweisen.

Briefkasten.

H. M. in Fr. Der von Ihnen gewünschten Richtigstellung, daß der in dem Artikel „Aus der Kartonnagenbranche“ in letzter Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ genannte Kartonnagenfabrikant nicht Gierth, sondern Giotth heißt, sei hierdurch Genüge geleistet. Im übrigen müssen wir immer wieder betonen, daß alle Manuskripte, vor allem natürlich die angeführten Eigennamen sehr deutlich zu schreiben sind, da andernfalls unrichtige Wiedergabe nicht ausgeschlossen ist. Selbst aus Ihrer Karte vom 28. Juli ist nicht absolut zweifelsfrei zu erkennen, ob obige Namensangabe nunmehr die richtige ist.

An alle diejenigen, welche mit dem Zentralvorstand und der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“

in schriftlichen Verkehr stehen, müssen wir das dringende Ersuchen richten, bei allen Zusendungen usw. die postalischen Bestimmungen genau beachten zu wollen. Die infolge unrichtiger Frankierung mit Straffporto belegten Eingänge mehren sich fast ständig. Wir weisen darauf hin, daß sämtliche über 20 Gramm schweren Briefe 20 Pf. kosten, Geschäftspapiere kosten bis 250 Gramm 10 Pf., über 250 bis 500 Gramm 20 Pf. und über 500 bis 1000 Gramm 30 Pf.

Literarisches.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erschienen jeben zwei Kunstblätter: die Porträts von Ignaz Auer und August Hebel. Die Bilder sind nach den besten vorhandenen photographischen Aufnahmen auf Kunstdruck-Karton nach einem neuen Verfahren (imitierter Kupferdruck) hergestellt und können als wirkliche Kunstblätter jedermann empfohlen werden. Die Bildgröße ist 10x14 Zentimeter, Papiergröße 22x29 Zentimeter. Der Preis ist pro Bild auf 25 Pf. festgesetzt, um die Anschaffung leicht zu ermöglichen.

Zu beziehen sind die Bilder in jeder Partebuchhandlung und von jedem Kolporteur.

„Blut und Eisen.“ Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit. Heft 42 und 43 sind erschienen. Preis pro Heft 20 Pf. = 24 Heller = 30 Cent.

Sozialdemokratie und Schule. Von Heinrich Schulz. Preis 75 Pf. Agitationsausgabe 30 Pf. Die Schrift ist in der Hauptsache die Wiedergabe des Referats, das der Verfasser, bekanntlich ein ehemaliger bremischer Lehrer, auf dem Mannheimer Parteitag zum Thema „Volkserziehung und Sozialdemokratie“ gehalten hat. Doch ist die vorliegende Ausgabe noch einmal sorgfältig überarbeitet und in vielen Punkten verbessert und durch Aufnahme neueren Materials ergänzt worden.

Die Broschüre füllt insofern eine Lücke in unserer Parteiliteratur aus, als darin zum ersten Male das ganze Problem der öffentlichen Erziehung vom Standpunkte des wissenschaftlichen Sozialismus

aus beleuchtet wird. Der Verfasser bespricht zunächst die verschiedenen vergeblichen Versuche, das Ziel der Erziehung zu bestimmen; hierauf führt er den Leser durch die Klaffenenerziehung der Vergangenheit bis an die Schwelle der Gegenwart, kennzeichnet sodann mit scharfen Strichen den Massencharakter der heutigen Schule und entwickelt schließlich aus dem Wesen des Sozialismus dessen pädagogische Ideale. In einem letzten Kapitel werden die von der Sozialdemokratie in Reich, Staat und Gemeinde schon heute erhobenen praktischen Schulforderungen zusammengestellt und erläutert.

Wer sich über die Stellung der Sozialdemokratie zur Schul- und Erziehungsfrage unterrichten will, kann an dieser Schrift nicht vorbeigehen.

„Kommunale Praxis.“ Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus.

Die Nr. 29 der „Kommunalen Praxis“ bringt einen Bericht über den interessanten Verlauf des sächsischen Gemeindetages zu Bautzen, den bekanntlich der Ministerpräsident Graf von Hohenhausen zum Schauplatz seiner Erklärungen über das neue sächsische Wahlrecht machte. Aus den sachlichen Verhandlungen des Gemeindetages heben wir die Diskussion über die sächsischen Sparfragen hervor; die sächsische Regierung versucht neuerdings, den Kurs ihrer Staatsanleihen dadurch zu heben, daß sie die Sparfragen der Gemeinden verpflichten will, größere Beträge der Staatsanleihe vom Markte zu nehmen und in ihre Schränke zu legen. Bei der Bedeutung dieser Frage und im Hinblick darauf, daß ähnliche Bestrebungen auch in anderen Bundesstaaten bestehen, werden die Entschlüsse des sächsischen Gemeindetages, die sich gegen das Bestreben der Regierung richten, allgemeine Aufmerksamkeit erwecken.

Der Notizenteil der „Kommunalen Praxis“ bietet in seiner Reichhaltigkeit viel Agitationsmaterial für gemeindepolitische Zwecke. Da wir in manchen Teilen Deutschlands in diesem Herbst wieder neue Gemeindevahlkämpfe zu bestehen haben werden, so empfiehlt sich eine Weiterverbreitung der „Kommunalen Praxis“ von selbst. Probenummern der Zeitschrift sind vom Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, jederzeit gratis zu beziehen.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Leipzig.
Am 10. Juli starb unser langjähriges Mitglied
Paul Hammer
aus Stuttgart im 51. Lebensjahre.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Stuttgart.
Am 16. Juli ist unerwartet schnell unsere Kollegin
Nane Zink
geb. Hermann
aus Botnang, im Alter von 27 Jahren gestorben.
Chre ihrem Andenken!
342] Der Vorstand.
Am 21. Juli starb nach langer Krankheit unser Kollege
Adolf Eble
Kartonnager, aus Stuttgart, im Alter von 30 Jahren.
Chre seinem Andenken!
343] Der Vorstand.

Stuttgart.
Dienstag, den 16. Juli, starb unerwartet an einer Entbindung unsere liebe Kollegin, Frau
Nane Zink
geb. Hermann [344
im Alter von 27 Jahren.
Wir werden dieser braven Kollegin stets ein gutes Andenken bewahren.
Ruhe sanft!
Das Personal der Firma Luz Kartonnagenfabrik.

Zahlstelle Hamburg.
Am 23. Juli verstarb nach langem schweren Leiden, im Alter von 32 Jahren, unser langjähriges Mitglied
Otto Dostal
Buchbinder, aus Kraflau i. Galizien.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Vorstand.

Unserem lieben Kollegen **Carl Fülling** nebst seiner lieben Braut Fräulein **F. Vorbitt** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche!
Seine Freunde in Frankfurt a. M.:
F. G., C. R., W. Th., Ph. N., L. Sch.
Unserem Kollegen **Julius Geilen** zur Vermählung mit Fräulein **Shilla Schupp** die herzlichsten Glückwünsche!
Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Nachen.

Hamburg.
Am Dienstag, den 20. August, abends 9 Uhr: 346
Versammlung
im Gewerkschaftshause.

Schreibwaren-Handlung nebst Einrahmgeschäft, in günst. Lage eines kleinen Industrieortes im westfälischen Kohlenrevier, ist preiswert zu verkaufen. Geschäft besteht seit sechs Jahren, neue Einrichtung. Erforderlich ca. 2000 Mark. Für Buchbinder sehr geeignet und sichere Existenz. Gefällige Offerten unter **H. 349** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Der neue Lohn tarif für Buchbinder - Arbeiten,
ausgearbeitet und herausgegeben von der gemeinsamen Tarif-Kommission des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer und des Deutschen Buchbinder-Verbandes ist erschienen. Zu beziehen durch die Expedition der Buchbinder-Zeitung. Preis pro Exemplar für Mitglieder 0,85 Mk. inkl. Porto, für Nichtmitglieder 3,— Mk.

Der Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten,
mit Genehmigung des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer, herausgegeben von der Tarifkommission d. Gehilfen, ist ebenfalls durch die Expedition der Buchbinder-Zeitung zu beziehen. Preis p. Expl. 25 Pf. inkl. Porto, für Nichtmitgl. 50 Pf.
Der Berliner Sondertarif
ist zum Preise von 30 Pf. pro Exemplar inkl. Zabelle auf dem Bureau der Zahlstelle Berlin, Engel-Ufer 15, Zimmer 21, zu haben. Preis für Nichtmitglieder 1 Mk.

Gau 9
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die geplante
Gaupartie
nach den „Drei Gleichen“, Sonntag, den 18. August, stattfindet. Treffpunkt früh 8 Uhr in Wandersleben, Gasthof „Freudenthal“. Einer zahlreichen Beteiligung entgegensehend
Der Gauvorstand.

Nach wie vor
am schnellsten
erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den **Kostenfreien Arbeitsnachweis von O. Th. Winckler Leipzig**
Seeburgstrasse 47,
weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen,
täglich
erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen vollständig **kostenfrei** zugesandt.